

Klaus Busch

Das Versagen Europas. Die Euro- und die Flüchtlingskrise sowie die »Brexit«-Diskussion. Eine Flugschrift.

VSA: Verlag 2016, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg <http://www.vsa-verlag.de/nc/buecher/detail/artikel/enttaeuschung-europa/>

Kapitel 1 Integrationskrisen in der Geschichte der Europäischen Union	9
Kapitel 2 Das Versagen der EU bei der Bekämpfung der Eurokrise	14
2.1 Die Strukturmängel der Wirtschafts- und Währungsunion und das bisherige Scheitern aller Reformbemühungen	14
2.2 Die Austeritätspolitik und ihre ökonomischen und sozialen Folgen	19
2.3 Die Eurokrise und die Grenzen der Politik der EZB	26
Kapitel 3 Das Versagen der EU in der Flüchtlingskrise	32
3.1 Die Ursachen der Flucht	34
3.2 Die Zuspitzung der Flüchtlingskrise 2015/2016 und die politischen Konflikte in Deutschland und in Europa	36
Kasten: Die Ökonomie der Flüchtlingskrise	44
Kasten: Die Lage der Syrer in der Türkei	54
3.3 Die Perspektiven der Festung Europa	58
Kapitel 4 Euro- und Flüchtlingskrise lassen die Akzeptanz der EU sinken	62
Kapitel 5 Europa vor dem Scheitern?	67
5.1 Zusammenfassung der Integrationsschwächen der EU	67
Kasten: Die Kosten von Nicht-Schengen	68
Kasten: Die Debatte über den Brexit	72
5.2 Der Sprung nach vorne: ein Supranationalisierungsschub mit einem neuen Wirtschafts- und Sozialmodell	77
5.3 Das Konzept der Re-Nationalisierung	82
5.4 »Sich durchwursteln« (»muddling through«)	86
Literatur	89

Kapitel 5 Europa vor dem Scheitern?

Die bisherige Analyse hat ergeben, dass die EU sich in der größten Integrationskrise seit Anfang der 1950er Jahre befindet. Sie hat in verschiedenen Politikfeldern mit gravierenden Problemen zu kämpfen.

5.1 Zusammenfassung der Integrationsschwächen der EU

A) Im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion gelingt es ihr nicht, die Strukturmängel des Maastrichter Vertrages zu heilen (Europäische Fiskalpolitik, Europäischer Haushalt, System der Wettbewerbsstaaten). Die Supranationalisierung ist in diesem Politikfeld auf halbem Wege stecken geblieben. Aufgrund der rigiden Kürzungspolitiken hat die EU auch noch nicht wieder an den Wachstumspfad der Vorkrisenzeit anknüpfen können, die Erho-

lung verläuft langsam, in etlichen Staaten bleibt die Arbeitslosigkeit sehr hoch. Die hohen sozialen Kosten der Austeritätspolitik haben zu Abbauprozessen in den sozialen Sicherungssystemen und in vielen Staaten zu einer De-Kollektivierung der Arbeitsbeziehungen und damit auch zu einer weiteren Schwächung der Gewerkschaften geführt. Die EZB ist mit der Bekämpfung der Krise überfordert. Sie konnte verhindern, dass die Staatsschuldenkrise die Eurozone zerstört hat, die Ursachen der Schuldenkrise hat sie nicht beseitigen können. Ihre ultralockere Geldpolitik war wenig erfolgreich und ist immer mehr mit hohen Kollateralschäden verbunden (Finanzmarktblasen, Immobilienblasen, Zinsverluste der Sparer, Altersarmut).

B) In der Flüchtlingskrise sind die Versuche gescheitert, ein gemeinsames europäisches Verteilungssystem für die Flüchtlinge durchzusetzen. Aufgrund des schwachen europäischen »Wir-Gefühls« haben die Mitgliedstaaten je nach nationalen Bedingungen sehr unterschiedlich auf den Zustrom der Flüchtlinge reagiert. Dabei ist es zu erheblichen Spannungen zwischen vielen Mitgliedstaaten gekommen (Dänemark und Schweden, Österreich und Ungarn, Österreich und Deutschland, den Visegrad-Staaten und der restlichen EU, Griechenland und Österreich/Ungarn/Kroatien/Slowenien). Die deutsch-französische Achse hat in dieser Krise nicht mehr funktioniert, die Spannungen zwischen Frankreich und Deutschland waren unübersehbar. Aufgrund der zahlreichen Grenzkontrollen wurde das Schengen-System unterminiert. Die Beeinträchtigung des Handelsverkehrs hat ökonomische Schäden mit sich gebracht (siehe Kasten unten). Diese politischen Spannungen zwischen den Mitgliedstaaten werden den weiteren Integrationsprozess beeinträchtigen, auch wenn durch den gemeinsamen Bau an der Festung Europa (EU-Türkei-Abkommen) eine gewisse Einigkeit hergestellt werden konnte. Es bleibt abzuwarten, wie die Mitgliedstaaten reagieren, wenn das Abkommen mit der Türkei aufgrund der Menschenrechtsverletzungen und politischer Krisen in der Türkei brüchig wird. Da die Fluchtursachen nicht beseitigt sind, werden sich die Flüchtlinge neue Routen nach Europa suchen. Die Brüchigkeit der Festung in Libyen hat bereits zu neuen Spannungen geführt, insbesondere zwischen Italien und Österreich im Zusammenhang mit der Situation am Brenner.

C) Neben diesen Integrationsproblemen in den zentralen Feldern der WWU und der Flüchtlingskrise verzeichnet die EU in jüngster Zeit auch in anderen Politikbereichen Misserfolge. Hier sind das gescheiterte Referendum über das Assoziierungsabkommen mit der Ukraine in den Niederlanden zu nennen, darüber hinaus die Unfähigkeit der Mitgliedstaaten, bei der Bekämpfung des Terrorismus polizeilich und sicherheitspolitisch ausreichend zu kooperieren (nicht einmal der Datenaustausch funktioniert!) und schließlich die geringen Erfolgsaussichten beim Verfahren zum Schutz der Rechtsstaatlichkeit der Union gegen Polen, weil hier Einstimmigkeit erforderlich ist und Ungarn sich hinter die Regierung Polens stellt. Die EU erscheint auch in diesen Bereichen als ein Staatenverbund, dem nichts mehr gelingt.

D) All diese Misserfolge wirken sich umso verheerender aus, als die EU ohnehin in vielen Ländern mit wachsenden Legitimationsproblemen zu kämpfen hat. Die sinkende Akzeptanz der EU am linken und am rechten Rand des Parteienspektrums ist einerseits Ursache des Scheitern supranationaler Lösungsversuche, andererseits verstärkt dieses Scheitern die Abwendung vieler Bürgerinnen und Bürger von Europa, und zwar nicht nur am rechtspopulistischen Rand, sondern auch in der Mitte der Gesellschaft.

Die Frage stellt sich, wie sich die EU angesichts dieser manifesten Integrationskrise weiterentwickeln wird. Werden sich die Zerfallsprozesse aufhalten lassen oder wird sich der Re-Nationalisierungsprozess noch verstärken? Drei Szenarien sind denkbar: der Sprung nach vorne mit einem Supranationalisierungsschub und einem neuen europäischen Wirtschafts- und Sozialmodell, die Rückkehr in die Nationalstaatlichkeit oder das weitere Durchwursteln (»muddling through«) in der bisherigen Form. Im Folgenden werden diese drei Möglichkeiten und die mit ihnen verbundenen Probleme erörtert.

5.2 Der Sprung nach vorne: ein Supranationalisierungsschub mit einem neuen Wirtschafts- und Sozialmodell

In diesem Konzept gelingt der EU nicht nur eine entscheidende Vertiefung des Integrationsprozesses (weitere Supranationalisierung in den Bereichen Politische Union und Wirtschafts- und Währungsunion), sondern auch die Realisierung eines alternativen Wirtschafts- und Sozialmodells, das den Neoliberalismus überwindet. Es handelt es sich um eine doppelte tiefgreifende Veränderung mit einem Sprung in Richtung Europäischer Bundesstaat und der Durchsetzung einer fortschrittlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Unter den momentanen politischen Verhältnissen in Europa ist dies eine Herkulesaufgabe.

Wie schwierig es ist, entscheidende Souveränitätsrechte des Nationalstaats durch einen Supranationalisierungssprung auf die europäische zu übertragen, lässt sich aus der Geschichte des Integrationsprozesses seit Ende des Zweiten Weltkrieges ablesen. Umfangreichere Versuche, den Integrationsprozess föderal zu vertiefen, gab es nur zweimal, und zwar in der zeitlich frühen und der mittleren Phase der Geschichte der EU. Im Rahmen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (Artikel 38) wurde 1952 das Parlament der Montanunion beauftragt, »die endgültige Organisation« einer »Politischen Gemeinschaft« zu entwerfen. Eine Kommission (»Ad-Hoc-Versammlung«) des Parlaments legte bereits im Frühjahr 1953 den »Entwurf eines Vertrages für die Satzung der Europäischen Gemeinschaft« vor. Darin ist die Bildung einer vom Parlament gewählten Regierung, »Exekutivrat«, und eines Zwei-Kammer-Parlaments (»Völkerkammer« mit vollem Legislativrecht und »Staatenkammer«) vorgesehen. Die Kompetenzen dieser Europäischen Gemeinschaft bezogen sich zunächst nur auf die Verteidigung und den Montanbereich, sollten aber über ein Initiativrecht ihrer supranationalen Organe rasch auf andere Bereiche ausgedehnt werden (Lipgens 1986: 195ff.). Wie bereits oben erwähnt, scheiterten diese Pläne für eine Europäische Politische Gemeinschaft gemeinsam mit den Plänen für die Europäische Verteidigungsgemeinschaft 1954 am Votum der französischen Nationalversammlung.

Der zweite Versuch war der Werner-Plan zur Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion, der nach den Haager Gipfelbeschlüssen im Jahr 1970 vorgelegt wurde. Darin sind eine Supranationalisierung der Wirtschaftspolitik (»wirtschaftspolitisches Entscheidungsgremium« mit eigenverantwortlicher, effektiver Entscheidungsgewalt), eine Synchronisierung der Haushaltspolitiken und eine Harmonisierung der Steuerpolitiken vorgesehen. Dieser Plan misslang im Laufe der 1970er Jahren aufgrund der Folgen der damaligen Weltwirtschaftskrise.

Spätere Verfassungsentwürfe, etwa der vom Europäischen Parlament 1984 vorgelegte Entwurf eines Vertrages zur Gründung der Europäischen Union (Spinelli-Plan) (ebd.: 688ff.) oder zuletzt der Vertrag für eine Verfassung für Europa von 2004, erreichten weder

im Hinblick auf eine Vertiefung der Politischen Union (Legislativrecht des EP) noch in Bezug auf die Kompetenzen in der Wirtschaftspolitik (Europäische Wirtschaftsregierung) das Niveau der erwähnten Pläne zur Verwirklichung der Europäischen Politischen Gemeinschaft bzw. der Wirtschafts- und Währungsunion. Aus dem Scheitern der EVG/EPG-Pläne 1954 und der Politik des leeren Stuhls von de Gaulle 1965 wurde der Schluss gezogen, in Zukunft nur noch »maßvolle« Vorschläge zur Vertiefung der Politischen Union vorzulegen, vor allem im Hinblick auf die Legislativrechte des Parlaments. Und aus den verheerenden Erfahrungen mit dem Werner-Plan wurde die Erkenntnis abgeleitet, dass eine Europäisierung der Fiskal- und Haushaltspolitik aufgrund der Souveränitätsansprüche der Nationalstaaten nicht durchsetzbar ist. Selbst die von Barroso 2012 vorgelegte »Blaupause« zur Herstellung einer echten und vertieften Wirtschafts- und Währungsunion, die aus den Erfahrungen der Großen Finanzkrise von 2008/2009 und der folgenden Eurokrise den rationalen Schluss gezogen hat, dass ohne eine Europäisierung der Fiskalpolitik und die Schaffung eines größeren EU-Haushalts die Eurozone niemals dauerhaft eine ausreichende Stabilität erreichen kann, konnte – wie oben gezeigt – nicht umgesetzt werden.

Auch im Hinblick auf ein alternatives Wirtschafts- und Sozialmodell sehen die Realisierungschancen in Europa zurzeit denkbar schlecht aus. Nicht nur die konservativen Parteien in den europäischen Nationalstaaten haben sich der neoliberalen Austeritätspolitik mit Fiskalpakt und Abbauprozessen in der Sozial- und Lohnpolitik verschworen, auch die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien sind in wichtigen Staaten wie Frankreich, Deutschland und Italien auf dieses Modell eingeschwenkt. Alternative Parteien und Bewegungen sind entweder gescheitert, wie Syriza in Griechenland, stehen noch außerhalb der Regierungsverantwortung, wie Podemos in Spanien, oder sind noch zarte Pflänzchen, wie »nuit debut« in Frankreich. Welche Erfolgchancen die neue Linksregierung in Portugal hat, bleibt abzuwarten.

Auch wenn sich vor diesem historischen Hintergrund sowie den aktuellen politischen Entwicklungen die notwendige Supranationalisierung zur Überwindung der oben analysierten Defizite des Integrationsprozesses sowie der Versuch, eine neue europäische Wirtschafts- und Sozialunion zu bilden, zurzeit als eine schwer lösbare Aufgabe darstellt, müssen ihre Elemente diskutiert werden.

Im Rahmen eines solchen alternativen Supranationalisierungssprungs würde die EU die bisherigen Integrationsblockaden überwinden und im ökonomischen und politischen Bereich entscheidende Vertiefungsschritte durchsetzen. Die Fiskalpolitik würde europäische Kompetenz, der EU-Haushalt wesentlich vergrößert und eine Europäische Wirtschaftsregierung installiert. Diese würde vom Europäischen Parlament kontrolliert, das in allen Bereichen neben dem Rat ein volles, gleichberechtigtes Legislativrecht erhielte.

Um die Wachstumsschwäche zu überwinden, lernte die EU darüber hinaus aus den Fehlern ihrer Austeritätspolitik und würde den Fiskalpakt sowie die darin enthaltende Schuldenbremse aufheben. Auf dieser Grundlage könnte sie dann mit Hilfe einer expansiven Wirtschaftspolitik eine Phase qualitativen, umwelt- und beschäftigungsorientierten Wachstums einleiten und die EZB könnte ihre Politik des ultralockeren Geldes zurückfahren.

Durch europäische Regeln für die Sozial- und Steuerpolitik würde zudem das System der Wettbewerbsstaaten aufgehoben, das zu Sozial- und Steuerdumping beigetragen hat. Im Tarifrecht würden europaweit die Regeln der Allgemeinverbindlichkeit und die Flächentarif-

verträge gestärkt. Auf der Basis der Re-Kollektivierung der Arbeitsbeziehungen und der Anhebung der Tarifdeckungsgrade könnten die Gewerkschaften eine europäisch koordinierte Lohnpolitik durchsetzen, die sich an den nationalen Unterschieden in der Produktivitätsentwicklung orientiert. Auch in der Wettbewerbspolitik setzte sich in der EU ein Systemwechsel durch. Durch international überdurchschnittliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie Bildung würde die EU einen Innovationswettbewerb (Modell Schweden) einleiten und sich vom Konzept des Kostenwettbewerbs über sinkende oder nur moderat steigende Lohn- und Sozialausgaben verabschieden.

In einer derart föderal gestärkten EU ließe sich auch eine supranationale Flüchtlingspolitik mit europäisch vereinbarten Verteilungsquoten durchführen. Die mehr als 500 Millionen Einwohnern zählende EU könnte ohne Probleme jährlich zwischen einer und zwei Millionen Flüchtlinge aufnehmen. In den Nachbarstaaten am Mittelmeer würde die EU Aufnahme- und Warteeinrichtungen für Flüchtlinge zu installieren versuchen, die vor Ort die Asyl- und Flüchtlingsansprüche der Migrantinnen und Migranten prüfen würden. Von dort könnten jährlich politisch zu vereinbarende Kontingente mit aufnahmeberechtigten Flüchtlingen auf die EU-Staaten verteilt werden. Noch nicht berücksichtigte Migrantinnen und Migranten würden in Wartezonen untergebracht und hätten dort eine wesentlich bessere Perspektive als die heute rund um das Mittelmeer in Lagern jahrelang verharrenden Millionen Flüchtlinge.

Durch eine stärkere Besteuerung der reichen Einkommensschichten sowie höhere Vermögenssteuern in den EU-Staaten könnten die aufgrund der Integration entstehenden Finanzierungsfragen gelöst werden, ohne dass es zu Verteilungskonflikten zwischen der einheimischen Bevölkerung und den Flüchtlingen käme. Die Politik der Festung Europa mit dem Versuch der externalisierten »Lösung« der Flüchtlingskrise wäre beendet und durch ein humanes Konzept abgelöst, welches die internationalen Asyl- und Flüchtlingsrechte achtet.

Oben wurde argumentiert, dass die Erfolgchancen für ein solches doppelt alternatives Modell für die Zukunft der EU zurzeit als sehr gering angesehen werden müssen. Dabei spielt auch eine Rolle, dass in der großen EU-28 ein Supranationalisierungsschub mit einem neuen Wirtschafts- und Sozialmodell in etlichen Staaten auf Widerstand stoßen würde. Es sind allerdings politische und ökonomische Entwicklungen in Europa denkbar, welche die Kräfte stärken könnten, die eine verkleinerte EU in Form eines »Kerneuropa« anstreben. In einem solchen »Kerneuropa« sind die Bedingungen für dieses alternative Konzept möglicherweise deutlich besser. Das Modell eines »Kerneuropa« wird eventuell dann attraktiver, wenn mit Großbritannien und anderen Staaten, die nicht mehr als ein Europa in Form einer »Großen Freihandelszone« wollen, nach einem Brexit und weiteren erfolgreichen Ausstiegsreferenden in Nord- und Osteuropa einige derjenigen Staaten die EU verlassen würden, die unter keinen Umständen für eine weitere Supranationalisierung in Europa zu gewinnen sind. Denkbar ist auch, dass derartige politische Prozesse in Verbindung mit einer weiteren Großen Finanzkrise an Stärke gewinnen. Möglicherweise nimmt dann die Bedeutung derjenigen politischen Kräfte erheblich zu, welche die Politik der Neoliberalismus endgültig überwinden wollen. Das Modell eines doppelt alternativen »Kerneuropa«, das in vielfältigen Formen mit anderen europäischen Staaten verflochten wäre (»differenzierte Integration«), könnte unter solchen politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen realisierbar sein (zu den Möglichkeiten einer neuen politischen Architektur in der EU vergleiche die Analyse von Platzer 2012).

5.3 Das Konzept der Re-Nationalisierung

Wie in Kapitel 1 analysiert, ist die entscheidende Voraussetzung für einen qualitativen Supranationalisierungssprung in einem Transfer der Identität der Bürgerinnen und Bürger von der nationalen auf die europäische Ebene zu sehen. Wird diese Bedingung von der Politik missachtet, können sich in der Folge gravierende Fehlentwicklungen einstellen und lassen sich größere Krisenprozesse kaum vermeiden. Bei der Einführung des Euro wurden im Verlauf der 1990er Jahre diese Schranken eines Souveränitätstransfers als gering eingestuft. Es herrschte die Auffassung vor, mit dem einheitlichen Binnenmarkt und dem Euro werde ein ausreichender Spill-Over-Prozess in Gang kommen, der letztlich sowohl zu einer Vertiefung der Politischen Union als auch zu einer Europäisierung der Fiskalpolitik führen müsse.

Das Argument, das darauf hinwies, dass ein Scheitern des defizitären Maastricht-Konzepts den Integrationsprozess insgesamt gefährden könnte, wurde beiseite gefegt. Wie oberflächlich und leichtsinnig der damalige Mainstream in Politik, Gesellschaft und Wissenschaft die Probleme analysierte, können wir an der Tiefe der heutigen Integrationskrise und der Gefahr einer Re-Nationalisierung der EU erkennen.

Angesichts der multiplen Krisen der EU nehmen in jüngster Zeit sowohl am rechten wie am linken Rand des politischen Spektrums die Forderungen nach einer partiellen und/oder einer vollständigen Abkehr vom Integrationsprozess deutlich zu. So wird als Konsequenz aus der Eurokrise die Rückkehr zu nationalen Währungen gefordert (partielle Re-Nationalisierung), während rechtspopulistische Parteien in verschiedenen Ländern (siehe Kapitel 4) die Auflösung der EU bzw. für ihr Land den Austritt aus der EU anstreben. Im Folgenden werden zunächst die ökonomischen Folgen einer Abkehr vom Euro und im Anschluss daran die politischen Konsequenzen einer Rückkehr zum Nationalstaat diskutiert.

Die Auflösung der Eurozone und die Rückkehr zu nationalen Währungen wäre für eine längere Übergangszeit sowohl in den Ländern, die heute über Leistungsbilanzüberschüsse und unterdurchschnittliche Staatsschuldenquoten verfügen (im Folgenden Gläubigerstaaten), als auch in den Staaten, die heute Leistungsbilanzdefizite und überdurchschnittliche Staatsschuldenquoten aufweisen (im Folgenden Schuldnerstaaten), mit größeren Anpassungsproblemen verbunden.

In den Gläubigerländern käme es zu einer Aufwertung ihrer nationalen Währungen und damit zu vorübergehenden Wachstums- und Beschäftigungseinbußen. Für das größte Überschussland der Eurozone, Deutschland, das gleichzeitig eine hohe Exportquote aufweist, würden sich deutliche Wohlstandsverluste einstellen.

Wesentlich dramatischer wären jedoch die Folgen für die Schuldnerstaaten. Deren Währungen würden stark abwerten, was von den Befürwortern einer Abkehr vom Euro als der entscheidende Vorteil dieses Schritts betrachtet wird. In der Tat könnte sich durch die Abwertung die internationale Wettbewerbsposition dieser Staaten verbessern. Allerdings würde sich nach der Wiederherstellung nationaler Währungsstrukturen sofort zeigen, dass die Staaten der ehemaligen Eurozone sehr unterschiedliche Staatsschuldenquoten aufweisen. Die Staaten mit hohen Schuldenquoten würden an den internationalen Kapitalmärkten unmittelbar einen deutlichen Anstieg ihrer Zinssätze für Staatsanleihen hinnehmen müssen. Diese spreads in der Zinsstruktur fallen im Moment aufgrund der Intervention der EZB

(»whatever it takes«) sehr gering aus (siehe Kapitel 2.3, S. 26ff.), würden sich aber bei einer Auflösung des Euro sofort wieder zeigen.

Gleichzeitig würden die Staatsschulden der Abwertungsländer in internationaler Währung gerechnet deutlich ansteigen. Damit würden sich die Abwertungsländer in einer Zins- und in einer Schuldenfalle befinden. Weder könnten sie ihre Haushaltsdefizite im ausreichenden Maße über den Verkauf von Staatsanleihen an ausländische Kapitalgeber finanzieren, weil ihre Zinslast dramatisch ansteigen würde, noch könnten sie deshalb ihre Leistungsbilanzdefizite finanzieren, denn dies würde größere Kapitalimporte in Form von Käufen nationaler Staatstitel durch Ausländer erfordern. Die Regierungen der Schuldnerstaaten wären, das ist die Konsequenz dieser makroökonomischen Entwicklung, gleichgültig, ob die Regierungen sich links oder rechts orientierten, zu einer drastischen Sparpolitik in den öffentlichen Haushalten gezwungen. Nur so ließen sich die Doppeldefizite in Staatshaushalt und Leistungsbilanz eventuell noch finanzieren. Wachstumseinbrüche, ein stärkerer Anstieg der Arbeitslosigkeit, Lohneinbußen und ein Abbau in den sozialen Sicherungssystemen wären die Ergebnisse dieser Entwicklung. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wären diese Staaten dann erneut auf öffentliche Kredite internationaler Institutionen, wie den IWF, angewiesen. Diese würden als Bedingung für die Kredite die Durchsetzung der eben beschriebenen Deflationspolitik verlangen.

Die Argumentation der Abwertungsbefürworter geht an dieser Stelle einen Schritt weiter und fordert konsequenterweise für die Schuldnerländer größere Schuldenschnitte. Abgesehen von der schwierigen Frage, welche Lasten die Gläubigerländer bei einem Schuldenschnitt akzeptieren würden, wäre aber auch ein erfolgreicher Schuldenschnitt kein einfacher Königsweg aus der Zinsfalle. Denn an den internationalen Kapitalmärkten würde sich für diejenigen Staaten, die einen Schuldenschnitt erzielen konnten, wegen des von den Gläubigern erwarteten erhöhten Verlustrisikos ein überdurchschnittlich hoher Zinssatz ergeben. Ganz abgesehen von dem Problem, dass Schuldnerstaaten, die zunächst noch keinen Schuldenschnitt erreichen konnten, aufgrund der Erwartung dieses Schritts mit einem noch größeren Sprung ihrer Zinsen für Staatstitel zu rechnen hätten (so wie es nach dem Schuldenschnitt für Griechenland im Jahr 2011 bei den südlichen Schuldnerstaaten zu beobachten war).

Es gehört nicht sehr viel Phantasie zu der Annahme, dass aufgrund dieser ökonomischen und sozialen Turbulenzen nach der Auflösung der Eurozone nicht nur die gemeinsame Währung, sondern auch der einheitliche Binnenmarkt zur Disposition stünde. Wenn der Schritt zur Abwertung über die Zins- und Schuldeneffekte zu hoher Arbeitslosigkeit und großen sozialen Einbußen führt, ist der Ruf nach protektionistischen Maßnahmen schnell auf der politischen Agenda. Mit der Zerstörung des einheitlichen Binnenmarkts würden sich weitere Wachstumseinbrüche und deren ökonomische Folgewirkungen ergeben. Eine Abwärtsspirale wäre in Gang gesetzt. Sollte die Rückkehr zu nationalen Währungen durch einen politischen Rechtsruck in Europa ausgelöst werden, würden sich diese Ergebnisse noch schneller und noch deutlicher einstellen.

Damit sind wir nach der Diskussion der ökonomischen Effekte einer partiellen Wiederherstellung des Nationalstaats (Auflösung der Eurozone) bei der Betrachtung einer vollständigen Abkehr von der EU angelangt. Nach dem oben Gesagten ist diese Geschichte schnell erzählt. Neben einer schweren ökonomischen Krise würde sich eine dramatische politische Krise ereignen. Das System der Nationalstaaten würde neue politische und militärische

Bündnisse erzeugen. Die Annahme ist nicht übertrieben, dass dann auch die lange Friedensperiode, die Europa seit dem Zweiten Weltkrieg erleben durfte, zur Disposition stünde. In der unmittelbaren Nachkriegszeit nach 1945 waren die beiden Hauptmotive der europäischen Integration einerseits die Überwindung des Systems der Nationalstaaten, das in Europa zu zwei Weltkriegen geführt hatte, andererseits die ökonomische Integration, um durch die Liberalisierung der Wirtschaftsbeziehungen die Voraussetzungen für wirtschaftliche Prosperität zu schaffen und um die Fehler der zerstörerischen Periode nach 1929 (Schutzzölle, Abwertungswettläufe) zu vermeiden. Im Kapitel 4 wurde gezeigt, wie stark erneut in vielen Teilen Europas der nationalistische Rechtspopulismus auftritt und wie sehr die Erinnerungen an die eben genannten Lehren aus der europäischen Geschichte in Vergessenheit zu geraten scheinen, die von 1945 bis 2005 prägende Motive der europäischen Integration waren. Bis vor kurzem schien es undenkbar zu sein, dass die dunklen Schatten der europäischen Geschichte zurückkehren könnten. Es hat momentan jedoch den Anschein, dass diese Form des Geschichtsoptimismus vorschnell und naiv war. Ein Blick in die Geschichte Europas in den Perioden 1890 bis 1914 sowie 1929 bis 1939 lehrt, dass unter bestimmten Voraussetzungen irrationale politische Prozesse die Oberhand gewinnen können. In den beiden genannten Phasen europäischer Geschichte hatte – rational betrachtet – kein einziger Staat ein Interesse an einer kriegerischen Zuspitzung der Konflikte zwischen den Nationalstaaten, und dennoch haben sich diese schließlich in Kriegen entladen.

Von den beiden bislang analysierten Konzepten findet das Modell der Re-Nationalisierung momentan die größere Unterstützung. Um zu verhindern, dass es sich vollständig durchsetzen kann, sind breite politische Bündnisse von gesellschaftlichen Akteuren wie Gewerkschaften und Kirchen, von Parteien am linken Rande des Parteienspektrums und von außerparlamentarischen Bewegungen wie Attac und campact dringend erforderlich. Aufgabe der sogenannten Volksparteien wäre es, ihr politisches Profil zu schärfen und nicht durch Regierungskooperationen in großen Koalitionen immer mehr inhaltlich zu verschmelzen und damit immer weniger Alleinstellungsmerkmale zu zeigen. Da diese breiten Koalitionen häufig nicht in der Lage sind, die politischen und ökonomischen Krisen zu bewältigen, bieten sie den Rechtspopulisten viel Angriffsflächen. Sie werden als nicht unterscheidbar kritisiert, als unfähig bezeichnet, die großen Probleme zu bewältigen, und als machtgierig angegriffen, weil es ihnen nicht um das »Wohl des Volkes«, sondern vor allem um die Verteilung der gut dotierten politischen Ämter und Pfründe gehe. In vielen europäischen Staaten können die Rechtspopulisten darüber hinaus auf Korruptionsskandale verweisen, in welche die etablierten Parteien (Konservative und Sozialisten) verstrickt sind. Würden diese Parteien daran arbeiten, ihr linkes respektive rechtes Profil inhaltlich zu unterstreichen und sich gleichzeitig erneut um »saubere Hände« zu bemühen, könnten sie der rechtspopulistischen Propaganda viel Wind aus den Segeln nehmen.

5.4 »Sich durchwursteln« (»muddling through«)

Angesichts der negativen Perspektiven einer Politik der Re-Nationalisierung wäre es schon als ein Gewinn zu betrachten, wenn die EU ihre bisherige Politik des »muddling through« (sich durchwursteln) aufrechterhalten könnte. Die Analysen in den Kapiteln 2 und 3 haben jedoch ergeben, dass die EU auf diese Weise weder die Probleme der Eurokrise noch der Flüchtlingskrise dauerhaft überwinden kann.

Im Hinblick auf die Eurokrise sind nicht nur ein anhaltend schwaches Wirtschaftswachstum und die beschriebenen sozialen Verwerfungen zu beklagen. Viel gravierender ist, dass die EU kaum gewappnet ist, eine erneute größere Weltwirtschaftskrise zu bekämpfen. Die Schuldenquoten der meisten EU-Staaten sind seit der Großen Krise 2008/2009 weiter angestiegen, was die Handlungsfähigkeit der nationalen Fiskalpolitik einschränkt, und auch die Geldpolitik ist mit ihrer Null-Zins-Politik an den Grenzen ihrer Möglichkeiten angelangt. Darüber hinaus müsste die EU wegen der fehlenden Europäisierung der Fiskalpolitik in einer Weltwirtschaftskrise erneut als Zuschauer an der Seitenlinie stehen.

Auch in weiteren Zuspitzungen der internationalen Flüchtlingskrisen, mit denen angesichts der beschriebenen Ursachen der Flucht zu rechnen ist (siehe Kapitel 3.1), wird die EU nicht dauerhaft auf eine Politik der Festung Europa setzen können. Einerseits kann vor dem Hintergrund der politischen Konflikte im Nahen und Mittleren Osten sowie in Afrika nicht darauf gebaut werden, dass sich das Mittelmeer für längere Zeit lückenlos abriegeln lässt. (Auch die politische Lage in der Türkei ist brüchig!) Andererseits werden innerhalb der EU-28 politische Konflikte entstehen, wenn sich in einigen Staaten die Einsicht durchsetzt, dass mit der inhumanen und völkerrechtswidrigen Abschottungspolitik die Werte Europas zu Grabe getragen werden. Schließlich wird mit der Zunahme der terroristischen Anschläge in Europa eine Diskussion darüber beginnen, ob nicht die Politik der Festung Europa, die einen guten Nährboden für die Stärkung der Terrornetzwerke rings um das Mittelmeer herum bildet, durch eine Politik abgelöst werden sollte, die legale Fluchtwege nach Europa schafft.

In Phasen, in denen sich die genannten politischen (internationalen und innereuropäischen), ökonomischen und sozialen Konflikte verdichten, wird die EU erneut vor der Alternative eines Sprungs nach vorne in Form einer supranationalen Vertiefung oder einer zunehmenden Rückkehr in den Nationalstaat stehen. Da die EU die genannten Probleme mit ihren herrschenden Integrations- und Politikkonzepten nicht lösen kann, wird sich ihr Dilemma so lange immer wieder stellen, bis sie entweder durch einen Supranationalisierungssprung ihre heutigen politischen und ökonomischen Strukturprobleme überwindet oder ihr Ende durch die Rückkehr des Nationalstaats gefunden hat.